

Er scheint täglich mit Ausnahme der Montage und der Tage nach den Feiertagen. Abonnementspreis für Danzig monatlich 30 Pf. (täglich frei im Haus), in den Abtheilungen und der Expedition abgeholt 20 Pf. Vierteljährlich 90 Pf. frei im Haus, 60 Pf. bei Abholung. Durch alle Buchhandlungen 1,00 Mk. pro Quartal, mit Briefträgerbefreiung 1 Mk. 40 Pf. Geschäftsstunden der Redaktion 11-12 Uhr Vorm. Reiterhofgasse Nr. 4. XVII. Jahrgang.

Danziger Courrier.

Kleine Danziger Zeitung für Stadt und Land.
Organ für Jedermann aus dem Volke.

Verleger: Hermann Heinrichs. Druck: Hermann Heinrichs. Danzig, Reichenstr. 11. Subskriptionspreis: 30 Pf. monatlich, 1 Mk. 40 Pf. vierteljährlich, 4 Mk. 80 Pf. jährlich. Inland: 10 Pf. pro Jahr. Ausland: 1,00 Mk. pro Jahr. Einzelnummern: 10 Pf. pro Stück. Anzeigen: 10 Pf. pro Zeile pro Tag. Abonnement für 1 Jahr: 1,00 Mk. pro Quartal, mit Briefträgerbefreiung 1 Mk. 40 Pf.

Die agrarische Gefahr.

Noch niemals hat der Wahlkampf in so hervorragendem Maße unter dem Zeichen des Agrarierthums gestanden als diesmal. Und darüber darf man sich keiner Täuschung hingeben, daß es sich in keiner ungünstigen Position befindet. Die Regierung ist zwar zuweilen den maßlosen Forderungen des Agrarierthums entgegengetreten. Sie hat sich gegen den Antrag Rankh und gegen die Abschaffung der Goldwährung erklärt. Aber nach jeder Abwehr des extremen Agrarierthums hat ihm die Regierung die Hand wieder weit entgegengehalten und es dadurch aus neue ermutigt, die Forderungen, welche jedoch erst verworfen wurden, alsbald wieder zu erheben. Diese Taktik hat allenthalben die leicht begreifliche Besorgniß hervorgerufen, daß der Widerstand der Regierung gegen die extremen Forderungen nicht von ewiger Dauer sein werde. Und diese Besorgniß ist um so berechtigter, als man eine Schwankung zum Agrarierthum innerhalb gewisser hoher Regionen auch mit unbewaffnetem Auge wahrnehmen zu können glaubt. Auf der tiefen Ebene der Nachgiebigkeit gegen das extreme Agrarierthum wird es aber schwer sein, einen Halt zu finden, wenn erst einmal die „kleinen Mittel“ erschöpft durch die „großen Mittel“ abgeleert werden sollen. Und als kleine Mittel pflegen die extremen Agrarier alles zu erachten, was sie erreicht haben und in absehbarer Zeit erreichen können. Aber wenn im gewöhnlichen Leben viele Dinge ein Ziel machen, so gilt dieser Grundsatz für die agrarische Moral nicht. Alles was die Herren erreicht haben, hat ihre Begehrlichkeit nicht gemindert, sondern nach dem Maße, daß der Appetit beim Essen kommt, nur noch vergrößert. Alle Concessionen der Regierung werden das extreme Agrarierthum niemals bestimmen, von seinen Forderungen der großen Mittel abzugehen.

Die Ziele der Agrarier gehen eingeständenermaßen dahin, unter bewährtem Münzsystem zu besitzigen und unser Land in schwere finanzpolitische Wirren zu stürzen, wie sie einzelne andere Staaten zu ihrem Schaden, nie wieder völlig gut zu machenden Schäden erfahren haben. Sie gehen ferner dahin, den Preis des Getreides künstlich auf eine Höhe zu schrauben, die den großen Getreideproduzenten eine Rente verschafft, welche ihm jeder Zeit ein sorgloses und genußreiches Dasein zu sichern vermag. Dieses Ziel bedeutet aber die unrechtmäßige Begünstigung Weniger auf Kosten der großen Masse des Volkes. Es ist wiederholt, u. a. auch durch den Reichskanzler Fürsten Hohenlohe selbst, festgestellt worden, daß nur ein kleiner Theil der Landwirthschaft in der Lage ist, Getreide zu verkaufen, während die überwiegende Masse der Landwirthe nur so viel Getreide baut, wie sie für den eigenen Bedarf und die Saat gebrauchen, ja zum Theil sogar noch Getreide dazu kaufen muß. Was der Bund fordert, stellt also lediglich eine auf Kosten der Masse der Verbraucher den größten Besitzern zu gewährenden Rente dar, bei der der gesammte Bauernstand leer ausginge und die kleinsten Besitzer sogar noch geschädigt würden. Die Ziele der Agrarier gehen endlich dahin, durch die Herbeiführung eines vertraglosen Zustandes gegenüber den anderen Staaten Industrie und Handel lahm zu legen, um so die Rückkehr zu dem erträumten „reinen Agrarstaat“ herbeizuführen. Nicht als ob die Herren idealistische Schwärmer seien. Aber das letzte Ziel der phantastischen

agrarischen Weltanschauung geht dahin, mit der Rückkehr zum „Agrarstaat“ auch zu den politischen und wirtschaftlichen Institutionen früherer, längst überwundener Zeiten zurückzukehren und hiermit dem großen Gutsbesitzerthum wieder die frühere herrschende Stellung zurückzuerobern.

Das hervorsteckendste Moment der diesmaligen Wahlbewegung liegt darin, daß die Regierung sich der Gefahr, die von dem extremen Agrarierthum droht, entweder nicht bemußt ist, oder sich dieser Erkenntniß absichtlich verschließt. Selbst die maßlosen Angriffe, welche die politische Vertretung des Agrarierthums, der Bund der Landwirthe, gegen die Regierung gerichtet hat, hat diese nicht gehindert, nach wie vor mit dem Agrarierthum offen zu liebäugeln und ihren Beamten, wenn sie den Bund protegiren, allerhand Nachsicht angedeihen zu lassen. Und so ergiebt sich die merkwürdige Thatsache, daß eine Partei, welche, wie kaum eine zweite, den rückwärtslosen Kampf gegen die Regierung proclamiert hat, sich trotzdem der theils verfehlten, theils offenen Unterstützung eben dieser Regierung erfreut. Im August v. Js. hat das amtliche Organ des Bundes der Landwirthe erklärt, daß „der große Bund auf den lauten Ruf des Pächters Ruprecht-Rankens zu Beginn des Jahres 1893 gebildet worden“ sei. Der „rühmende Ruf von Ranken“ lautete:

„Ich schlage nichts mehr und nichts weniger vor, als daß wir unter die Socialdemokraten gehen und ernstlich gegen die Regierung Front machen. Ich zeige, daß wir nicht gewillt sind, uns weiter so schlecht behandeln zu lassen. Wir müssen schreien, daß es das ganze Land hört, wir müssen schreien, daß es bis in die Parlamentsäle und Ministerien dringt, wir müssen schreien, daß es bis an die Stufen des Thrones vernommen wird.“

Am 24. März 1894 erklärte im Organ des Bundes der Landwirthe ein Einsender, daß der deutsche Landwirth jetzt geneigt sei, „den Kaiser als seinen politischen Gegner anzusehen“, und auf der berühmten Bundes-Versammlung im Circus Busch sprach Herr v. Dieß-Dober das große Wort: „Die Minister können uns sonst was!“

Auf alle diese maßlosen Anfeindungen hat die Regierung nur eine schwächliche oder gar keine Abwehr gefunden und sie hat der Hoffnung nicht entsagt, mit dem Bündlerthum „einen schönen Bund zu schließen“. Um so mehr wird es Sache des Volkes sein, sich dieser eminenten Gefahr, die unserer wirtschaftlichen und politischen Entwicklung von dem Agrarierthum und den mit den Agrariern fast überall ganz identischen Conservativen droht, eingedenk zu sein und dieser Erkenntniß durch die Stimmabgabe am 16. Juni den entsprechenden Ausdruck zu geben.

Politische Tageschau.

Danzig, 9. Juni.

Das Programm der Regierung.

Berlin, 8. Juni. Zu dem Wahlschreiben des Grafen Posadowsky bemerkt die offizielle „Nordd. Allg. Ztg.“: „Thatsächlich enthält das Schreiben das Programm der Reichsregierung; aber damit bringt es keineswegs Neues. Daß die Regierung den Umsturz bekämpft und dabei auf die Unterstützung der staatserkhaltenden Elemente ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit, ist von ihren Vertretern bei jeder Gelegenheit mit größter Entschiedenheit betont worden. Ebenso hat sie niemals verhehlt, daß sie einen Reichstag wünscht, mit welchem eine wirtschaftspolitische Gesetzgebung auf der

Mittellinie der von der Industrie, dem Handel und der Landwirthschaft gestellten Forderungen möglich ist. Daraus ergiebt sich, daß die Regierung keinerlei extreme Forderungen von irgend einer Seite begünstigen darf. Die Regierung hat bei der Aufgabe, die zukünftigen handelspolitischen Beziehungen zum Auslande zu bestimmen, selbstverständlich die Grenze des Erreichbaren im Auge zu behalten. Der Abschluß von Handelsverträgen ist nichts Einseitiges. Die Staaten, mit denen Deutschland Beziehungen zu regeln hat, suchen dabei ebenso wie wir naturgemäß den größtmöglichen Vortheil für sich selbst zu erzielen. Wie könnte unter solchen Umständen die Reichsregierung dem Auslande gegenüber z. B. Forderungen vertreten, wie sie von extrem-agrarischer Seite gestellt werden? Ein Reichstag, welcher solche Forderungen zu den seinigen macht, würde er nicht ein Hinderniß für den Abschluß von Handelsverträgen überhaupt sein? Auf der anderen Seite aber ist es klar, daß die Regierung eines Reichstages bedarf, welcher umgekehrt nach der Richtung der Anerkennung berechtigter Wünsche der Landwirthschaft sowohl wie aller anderen productiven Stände so weit geht, wie es im Interesse des Gesamtwohlens irgend möglich ist. Ebenso wie fremde Staaten uns zurückweisen würden, wenn wir ihnen mit Forderungen eines extrem-agrarischen Reichstages kommen, müßte die Reichsregierung umgekehrt zu weitgehenden Forderungen des Auslandes gegenüber in der Lage sein, sich auf einen Reichstag zu berufen, der dieselben nimmermehr gutheißen würde.“

Wenn das Wahlschreiben Posadowskys den Zweck gehabt haben sollte, die Stellung der Regierung zu den schwebenden wirtschaftlichen Fragen zu klären, so kann niemand mehr im Zweifel sein, daß dieser Zweck nicht erreicht ist. Die Presse des Bundes der Landwirthe, insbesondere die „Dtsch. Ztg.“, hat wiederholt die Lage so dargestellt, als ob die Regierung auf dem agrarischen Standpunkt stehe; eine Auffassung, die nach der Ansicht des Organs des Herrn v. Plösch durch das Posadowsky'sche Schreiben bestätigt wird. Der Staatssekretär lasse sich über die Mittel zur Befreiung der Gebirgsregion der bezeichneten Erwerbsstände nicht aus, sondern spreche nur von vorurtheilsfreier, durch Lehrentscheidungen und politische Rücksichten nicht beeinflusster Prüfung ihrer Lage. „Eine solche vorurtheilsfreie Prüfung muß aber“ — so fügt das Organ des Bundes der Landwirthe wörtlich hinzu — „zur Annahme der Mittel führen, welche der Bund der Landwirthe vorgeschlagen hat, und wir erblicken in dem Briefe ein werthvolles Zeichen dafür, daß die Regierung mit uns dem gleichen Ziele zustrebt.“ Daß diese Auffassung möglich ist, bebauert die rechts-national-liberale „Köln. Ztg.“ und vermischt jedes Wort der Abwehr gegenüber den agrarischen Ausschreitungen und fügt hinzu:

„Da also in Regierungskreisen schwerlich ein zuverlässiger Widerstand gegen die agrarische Gefahr vorhanden ist, so werden die Wähler gut thun, das Gutachten des Grafen Posadowsky selbstständig dahin zu erweitern, daß es Sache des Bürgerthums ist, bei den Wahlen dafür zu sorgen, daß das wirtschaftliche Leben des deutschen Volkes vor den abenteuerlichen Plänen begehrlicher Junker bewahrt bleibt.“

In demselben Sinne erklärt sich die „Nat.-lib. Corr.“. Die Politik der Mittellinie, die Finanzminister v. Miquel in seiner bekannten Rede im

Abgeordnetenhaus empfohlen hat, ist mit einer übermächtigen agrarischen Partei im Reichstag nicht durchzuführen. Wenn also die Regierung, wie die „Nordd. Allg. Ztg.“ verheißt, auch jetzt an dieser Mittellinien-Politik festhält, so muß man um so mehr bedauern, daß Graf Posadowsky dieser Auffassung nicht einen klaren und allgemein verständlichen Ausdruck gegeben hat. Denn daß die Agrarier, indem sie die Bindung der Getreidepreise bei dem Abschluß neuer Handelsverträge ablehnen, ein Hinderniß für diesen Abschluß sind, ist doch zur Genüge bekannt.

Agrarische Worte und Thaten.

Die „Deutsche Tagesztg.“, das Organ des Bundes der Landwirthe, schreibt in einem Artikel „Winke zur Wahl“:

„Wir haben von Anfang an gerathen, den Wahlkampf mit aller Schärfe und Entschiedenheit, aber ohne jede Kleinlichkeit und Hinterlist durchzuführen. Alle Kleinlichkeit rächt sich selbst. Sie mag vorübergehend zu nützen scheinen, auf die Dauer schädigt sie sicher. Deshalb rathen wir nochmals, auf alle kleinlichen Schädigungen der Gegner, Boycottirung und anderes, ganz zu verzichten. Solche Mittel sind nicht anständig. Ihre schädigende Wirkung fällt gewöhnlich auf den zurück, der sie verwendet.“

Wir möchten ferner noch einmal darauf aufmerksam machen, daß man sich jeder Art von Wahlbeeinflussung enthalte. Dorsicht ist in dieser Beziehung außerordentlich nöthig.“

Das alles klingt sehr gut und schön! Aber wie himmelsweit verschieden von diesen schönen Worten sind die Thaten dieser Kreise. Von Pulkamerum scheint die „Deutsche Tagesztg.“ gar nichts mehr zu wissen. Alle die von der „D. Tagesztg.“ als nicht anständig bezeichneten „kleinlichen Kampfmittel“, als da sind Saalabtreibung, Boycottirung, sind dort an der Tagesordnung. Der „Nordost“ wird von den Bundesmitgliedern in der denkbar gehässigsten Weise diktiert, „Wahlbeeinflussungen jeder Art“ werden mit größter Unverfrorenheit ausgeübt, und oft muß man sich angehts solchen wüsten Treibens fragen, ob denn Pommeren wirklich ein Theil eines Rechtsstaates ist, oder nicht. Und nicht nur in Pommeren treibt es der Bund und treiben es vielfach auch die Conservativen so. Fast allerwärts hört man Klagen über solche „kleinlichen Kampfmittel“, die „nicht anständig“ sind. Davon sollte die „D. Tagesztg.“ nichts wissen? Bei einem solchen Gebahren ihrer Anhängerchaft im Lande machen die schönen Worte des Bundesorgans lediglich den Eindruck der — Heuchelei! Aber wir hoffen auch: diese Dinge werden „sich selbst rächen“.

Der englisch-deutsche Handelsvertrag und der Reichstag.

Es wird erzählt — so lautet es man uns heute aus Berlin — daß der neue Reichstag bereits Ende September zu einer kurzen Session einberufen werden soll, um dem neuen Handelsvertrage mit England seine Zustimmung zu erteilen. Bekanntlich ist der Handelsvertrag mit England englischerseits gekündigt und abgelaufen, jedoch mit Zustimmung des Reichstages ein Provisorium geschaffen. Die Regierung hat das Interesse, diesem provisorischen Zustande, der, wie alle Provisorien, seine großen Vortheile und Mängel hat, möglichst bald ein Ende zu bereiten. Die Verhandlungen mit England werden

er abkommt. Geh zum Drechsler und laß die ein paar Hörner ansetzen! Die passen zu deinem Gesicht. In die Herde mag er sich verlaufen und Gras fressen. Da wird 'n niemand von einem Hammel unterscheiden, Flegel!“

Fritz hatte sich längst aus dem Staube gemacht, aber ihr hatte der Jornausbruch wohlgethan. Von jeder sentimentalen Regung frei, trat sie zum Amstrath, um sich zu verabschieden. Dieser drückte ihr eine gefüllte Börse in die Hand und übergab ihr ein Schriftstück, in welcher ihr auf Lebenszeit eine kleine Pension zugesichert war. Würdevoll, fast mit Herblaffung, nahm sie alles an. „Es ist nicht meinemwegen, Herr Amstrath, aber wegen meiner Tochter und der Enkelkinder. Und wenn Sie einmal Hilfe in der Noth brauchen, so wissen Sie, daß die alte Ladewigen niemals ihre Herz verfallen wird. Ja, für den Herrn Amstrath bin ich immer zu sprechen.“

Auf dem Hofe standen Anechte und Mägde und der Ziegelmeister zum Abschied bereit. Allen drückte sie die Hand. „Grämt Euch nicht, Kinder“, sagte sie halbvoll. „Die alte Ladewigen ist ja nicht unerschlich.“ Mit einiger Umständlichkeit wickelte sie das große Umschlageguth auseinander und hüllte sich hinein. Dann stieg sie, vom Ziegelmeister gestützt, zum Wagen hinauf. Breit und gewichtig thronte sie auf dem Sitz. „Noch einmal adie, Kinder! Seid brav und besucht mich einmal in Sandenburg!“ Die Pferde zogen an, sie rückte einmal nach hinten und dann weit nach vorn, als wollte sie eine tiefe Verbeugung machen, und der Wagen rollte zum Hofthor hinaus. „Hurrah!“ schrie Fritz, und die kleine Gesellschaft stimmte herzhast ein.

Dieses Hurrah klang lebenslang im Ohr der alten Ladewigen nach und verhönte sie vollständig mit dem „knichtstiebigen Pferdejugel“. So oft sie von ihrem Abschied in Archneupuhl erzählte, fügte sie im Tone inniger Freude hinzu: „In Thränen haben sie geschwommen und Hurrah haben sie gerufen. Ja, ja, sie ruhten, was sie an der alten Ladewigen hatten.“

(Fortf. folgt.)

Der Kampf mit dem Schicksal.

Roman von Hermann Heinrichs.

(Nachdruck verboten.)

(21) (Fortsetzung.)

Lange Zeit hielten sich Richard und Franziska wortlos umschlungen. Er küßte ihr Mund, Augen und Wangen. Sie legte ihren Kopf auf seine Schulter, und er drückte seinen Mund, wie er das früher so gern gethan hatte, auf den zierlichen Nacken. Sie hob den Kopf, ihre Augen waren voll Thränen, aber ein Strahl höchsten Glückes leuchtete ihm daraus entgegen. Beide lachten, ein neuer Thränenstrom drang aus Franziskas Augen, und auch die feinen wurden feucht. Unter Lachen und Weinen schenkte sie die Liebhosungen fort, bis sich die ersten Worte: „Mein lieber, süßer Schatz!“ und „Mein lieber, lieber Richard!“ von ihren Lippen rangen. Nach dem ersten Freudensturm schenkte sie sich. Sie legte ihren Kopf an seine Wange, er schlang seinen Arm um ihren Leib, und im heimlichen Flüster-ton tauschten sie ihre Gedanken aus.

„Daß du so in das Haus meines Vaters einziehen mußt, das drückt mich tief nieder.“

„Nicht doch, mein Schatz! Um deinetwillen ist mir nichts zu schwer. Und wenn ich Magd sein müßte! Ich will die niedrigsten Dienste verrichten. Nur bei dir sein!“

„Und unser armes Kind! Es ist entsetzlich! Den Vater kennt es nicht mehr, und die Mutter wird es nun auch vergessen.“

„Das ist's allein, was auch mich quält. Aber wir wollen es lieb behalten, und wenn wir wieder einmal mit ihm vereint werden, dann wird es an unserer Liebe die Eltern erkennen.“

Lange flüsterter sie so mit einander. Ihr Athem berührte sich, die Wärme ihres Blutes strömte in einander über. Wieder und wieder drückte er sie an sich und bedeckte sie mit Küßten.

Indessen stand die Ladewigen draußen wie auf Kohlen. Sie begriff sich nicht mehr, sie schüttelte über sich selbst den Kopf. Wache stehen vor der Thüre eines verlobten Paares, sie eine alte Frau,

die in Ehren grau geworden war! Fünfundzwanzig Jahre lang hatte sie dem Amstrath treu gedient, und wenn er jetzt hinter ihre Schliche kam, so wurde sie mit Schimpf und Schande vom Hofe gejagt! Während sie diesen Gedanken nachging und unruhig an ihrer Schürze zupfte, hörte sie drin verhaltenes Lachen und Schluchzen und das Geräusch inniger Küsse. Und die Diebelei wollte kein Ende nehmen. Endlich hielt sie es nicht mehr aus. Sie ging hinein und wies mit zusammengekneiffenen Lippen und furchtbar ernstem Gesicht nach der Thüre.

„Liebste, beste Frau Ladewig“, bat Richard stehend, „lassen Sie uns nur noch einige Minuten! Denken Sie doch, anderthalb Jahre haben wir uns nicht gesehen und sprechen dürfen! Wir sind fast gestorben vor Sehnsucht. Liebste Ladewigen!“

Er bat so stürmisch, daß sie nicht widerstehen konnte. „Gut, noch fünf Minuten! Aber eins müssen Sie mir versprechen.“

„Alles was Sie wünschen.“

„Nämlich, daß Sie, wenn ich erst fort bin, nie wieder hierher kommen dürfen. Sie bringen sich sonst selbst in den Abgrund. Es giebt keine alte Ladewigen mehr, die Schildwache für Sie steht, Sie bodenlos leichtsinniger Mensch!“

„Ja, ich verspreche es“, sagte Richard und drängte die Alte zur Thüre hinaus.

Wieder stand sie auf dem dunklen Corridor, und wieder gewann der Groll die Oberhand. So was dürfen Sie einer alten Frau doch gar nicht erst anbieten. Es ist eine Unverschämtheit, eine Frechheit! Und eine Wirthschafterin war sie doch vorläufig auch bloß. Gott im Himmel, wenn sie man überhaupt verheiratet waren, sie hätte ihren Traufschien ja nicht gesehen. Nein, zu welchen schlechten Dingen sie sich verleiten ließ! Plötzlich hörte sie auf dem Hofe schwere Tritte. Mit jähem Schreck eilte sie ins Zimmer. Richard und Franziska sprangen auf.

„Was giebt's?“

Sie hob den Finger und lautete. Die Tritte gingen langsam vorüber. Es war der Wächter, welcher seine erste Runde machte.

Sie athmete auf. Dann sagte sie den jungen Herrn energisch am Arm, zog ihn zur Thüre und warf ihn hinaus. Hinter ihm riegelte sie die Thüre zu. Dann nahm sie Franziska in ein scharfes Verhöl, aus welchem hervorging, daß es mit der Heirath doch seine Richtigkeit hatte. „Einmal und nicht wieder“, sagte sie, und mit diesem Vorsatz legte sie sich ins Bett, daß die Pfosten krachten.

Richard war zu erregt, um schlafen zu können. Er zündete sich noch eine Cigarre an, legte sich aufs Sopha und gab sich ganz dem glücklichen Gefühl hin, wieder mit Franziska unter einem Dache wohnen zu können. Auf Momente freilich traten auch die Sorgen wegen der Zukunft an ihn heran. Aber das Glücksgefühl war für diese Stunde doch zu mächtig, als daß es die Sorgen hätte beeinträchtigen können.

Nach einigen Tagen sagte der Amstrath: „Sie läßt sich gut an.“

„Den Eindruck habe ich auch“, entgegnete Richard.

Eine Woche war vergangen, da rüstete sich die Ladewigen zur Abreise. Die große Lade und einige Koffer waren fertig gepackt. Ein großer Letterwagen stand bereit, der sie nach Sandenburg bringen sollte, denn die Dampfschiffahrt hatte für dieses Jahr aufgehört. Mit Gewalt kämpfte sie die Rührung nieder, die sie ergreifen wollte, wobei ihr alles Gesicht die lächerlichsten Grimassen schnitt. Fritz, der Aufseher, der sie eine Weile beobachtet hatte, konnte sich das Lachen nicht verbeifien. Kaum aber hatte dies die Alte bemerkt, als sich die Rührung bei ihr in Ent-rüstung umsetzte und ihre Lippen sich lösten.

„Was? Lachen willst du — du lachst über eine alte Frau? Faß dir erst hinter's Ohr, dann wirst du merken, daß du noch nicht trocken bist! So ein knichtstiebiger Pferdejugel! Kann sich noch keine ehrliche Schmitte Brod verdienen und will mir ausgrinnen! Wenn ich ihm nicht gehockt hätte, hält' er nichts zu essen gehabt. So ein Boovis! Thut, als wäre er ein ehrlicher Pöhl und ist voll Staub und Moder. In den Spiegel mag er gucken, dann wird er sehen, von wem

daher mit großer Beschleunigung geführt und es ist zu erwarten, daß bei beiderseitigem Entgegenkommen ein neuer Handelsvertrags-Entwurf fertig gestellt werden wird. Von der Zusammenziehung des Reichslandes wird es also abhängen, ob eine definitive Regelung unserer so hochwichtigen Handelsbeziehungen mit England nun erfolgen wird. Das kann doch wohl als zweifellos gelten, daß England niemals einem Handelsvertrag zustimmen wird, der den Wünschen der Agrarier zu sehr Rechnung tragen sollte. Die Gefahr ist also immerhin ziemlich nahe gerückt, daß wir mit England in einen handelspolitischen Krieg geraten können, bei dem ja selbstverständlich unserer Handel und unserer Industrie schwere Wunden geschlagen werden würden.

Die Bedrohung des Wahlrechts.

Berlin, 9. Juni. Die „Hilfe“ hat von unterrichteter Seite erfahren, daß im Jahre 1893 der bayerische Bundesrats-Bevollmächtigte Graf Lerchenfeld einen Entwurf zur Beseitigung des allgemeinen Wahlrechts den leitenden Kreisen der konservativen Partei vorgelegt habe.

Aus Stargard (Pommern) wird dem „B. Tgl.“ gemeldet: Der Vorsitzende des Bundes der Landwirthe Herr v. Blösch wurde in einer Wählerversammlung gefragt, wie er sich zu dem allgemeinen, geheimen und directen Wahlrecht stelle. Er erwiderte, er könne hierzu kein bindendes Versprechen (!) geben, man solle einwärtigen (!) das Wahlrecht lassen wie es ist. Im übrigen sei er für Diäten. Würden diese eingeführt, dann würden auch von anderen Parteien Anträge zur Aenderung des Wahlrechts gestellt werden, z. B. Erhöhung der Altersgrenze für die Ausübung des Wahlrechts auf 30 Jahre und größeres Stimmrecht für gewisse Kreise.

Das ist wenigstens ehrlich und offenerherzig, wenn es auch sonst nur längst Bekanntes bestätigt. Nicht von der Regierung, jedenfalls von der jetzigen unter einem Hohenlohe nicht, droht Gefahr, wohl aber von den reaktionären Parteien. Bekommen diese die Majorität, dann ist das Wahlrecht in seiner jetzigen Form verloren. Das steht fest und das mögen sich die Wähler immer vor Augen halten!

Ein verhängnisvoller Streik.

Die Generalversammlung des Georgs-Marienbergwerks und Hüttenvereins hat die sofortige Betriebseinstellung des Piesberger Bergwerks beschlossen. Dadurch findet der seit etwa acht Wochen andauernde, durch die Agitation des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergleute mit Unterstützung der Geistlichkeit genährte Streik seine thatsächliche Erledigung. Die Besorgnis hat sich erfüllt, der am 17. Mai im Abgeordnetenhaus der Handelsminister Bredel Ausdruck gab: „daß, wenn in Folge von Unrentabilität der Betrieb eingestellt werden müßte, dies zwar ein großer Schaden für die Actionäre sei, aber ein noch viel größerer Schaden für die Arbeiter, wenn durch Betriebs-einstellung die tausend Grubenarbeiter, die in dem Piesbergwerk beschäftigt sind, mit ihren Familien ihr Brod verlieren.“

Seute empfangen wir noch folgende Drahtmeldung:

Osnabrück, 9. Juni. (Tel.) Der Betrieb der Pumpwerke im Piesberge ist bereits gestern eingestellt. Das Wasser steigt im Innern des Werkes. Der größte Theil der Maschinen ist verloren. Der Vorstand des Georgs-Marienbergwerks hat einen Aufruf erlassen, in welchem bekannt gemacht wird, daß die treu gebliebenen Arbeiter vollständig wieder Beschäftigung finden sollen. Die Ruhe ist nirgends gestört.

Die gespannte Lage in Oesterreich

Spiegelt sich in milderer ganz abenteuerlichen Ausprägungen wieder, in denen die Wiener Presse und die parlamentarischen Kreise sich ergehen. Einige sprechen von der Auflösung des Parlaments und von der Vornahme der Neuwahlen auf Grund einer octroyirten Wahlordnung mit Festsetzung der Landtage als Wahlcurien für den Reichsrath und Beibehaltung einer Anzahl Mandate auf Grund des allgemeinen Stimmrechtes. Andere behaupten, Graf Thun habe dem Kaiser seine Entlassung überreicht und wünsche für den Fall seines Verbleibens weitgehende Vollmachten zu erhalten. Diesem Gerücht tritt jedoch in der Hauptfrage nachstehende uns heute zugehende Drahtmeldung entgegen:

Wien, 9. Juni. (Tel.) Die Meldung von dem Bestehen einer Cabinetskrisis wird in allen unterrichteten Kreisen als grundlos bezeichnet. Es ist indessen die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß der Handelsminister Bärnreither zurücktritt, falls der versorgungstreue Großgrundbesitz seinen Rücktritt fordert. Graf Thun wird, wenn das Abgeordnetenhaus am Dienstag wieder zusammentritt, die Interpellation über die Großer Vorgänge beantragen, und will dahin wirken, daß die Sprachendeckel beendigt und der Sprachenausfluß eingestrichelt wird.

Darnach will also Graf Thun die Partie noch nicht aufgeben. Aber der Versuch, die Sprachendeckel zum Abschluß zu bringen, erscheint fast aussichtslos.

Ministerkrisis in Frankreich.

Eine wenigstens theilweise Ministerkrisis steht nun doch in Frankreich bevor. In Pariser Blättern, die der Regierung nahe stehen, wird bestätigt, der Ministerpräsident Méline werde gelegentlich einer Interpellation über die allgemeine Politik der Regierung erklären, er wolle, den Ergebnissen der Wahl Rechnung tragend, das Cabinet auf breiterer Basis neu bilden. Alle Minister hätten zu diesem Zwecke Méline bereits ihre Portefeuilles zur Verfügung gestellt.

Die Katastrophe auf den Philippinen.

die schon nach den gestrigen Nachrichten zu befürchten stand, scheint nun bereits eingetreten zu sein. Der seit der Rückkehr des Führers Aguinaldo noch einseitige Aufstand hat wie eine Sturmfluth die ganze Inselgruppe überschwemmt, bis er tobend an die Mauern von Manila schlug, wo nun die Spanier zu Lande bedroht von den wilden Schaaren der Rebellen, zur See eng blockirt von der amerikanischen Flotte, nur noch vor die Wahl gestellt sind, unterzugehen oder zu capituliren. Folgende Depeschen bestätigen die trostlose Lage der Spanier:

Madrid, 8. Juni. Der Kriegsminister legte dem Ministerpräsidenten Sagasta eine Depesche von den Philippinen vor, in welcher der Generalcapitän vollkommen freie Hand verlangt, um

allen Eventualitäten die Spitze bieten zu können. Der Insurgentenführer Aguinaldo fährt fort einen allgemeinen Aufstand im Archipel zu betreiben. Der Wortlaut dieser Depesche wird nicht veröffentlicht werden. Eine hochstehende Persönlichkeit erklärte, die Entsendung von Truppenverpflichtungen werde die Situation auf den Philippinen nicht ändern.

Madrid, 9. Juni. In Betreff der Lage auf den Philippinen haben sich nach der „Agencia Fabra“ einige politische Persönlichkeiten wie folgt geäußert: Der Kriegsminister sagte, der Generalcapitän der Philippinen werde sich bis aufs äußerste vertheidigen. Sivilta glaubt, der Augenblick sei gekommen, wo der äußerste Entschluß gefaßt werden muß, eine der Lage gemäße liberale Regierung zu bilden. Baga de Armiño hält die Zeit für eine Intervention der Mächte für gekommen.

In der gestrigen Kammer Sitzung waren alle Minister anwesend. Der Ministerpräsident Sagasta sagte, das spanische Volk müsse die schlechten Nachrichten männlich und gefaßt aufnehmen, und jeder auseinander, welche telegraphischen Meldungen über die Lage auf Manila bisher eingegangen. Der conservative Dissident Romero Robledo beschuldigt das Cabinet der Unthätigkeit und protestirt dagegen, daß eventuell ein unehrenhafter Friede geschlossen werde.

Madrid, 9. Juni. (Tel.) Der Kriegsminister und der Marineminister begaben sich gestern in das Schloß und hatten eine Audienz bei der Königin-Regentin. Es heißt, der Gouverneur der Philippinen habe gemeldet, der ganze Archipel sei in Aufruhr, mit Ausnahme der Bisayas-Inseln. Der Gouverneur habe sich in den befestigten Theil der Stadt Manila zurückgezogen, um Aguinaldo von dort aus Widerstand leisten zu können.

Eine amtliche Depesche aus Manila besagt, die Lage ist sehr ernst. Der Generalgouverneur Augustin ist mit allen Provinzen außer Verbindung. Die Einwohner der Provinz Cavite haben sich in Masse erhoben. Der Feind dringt allerorts vor. Die Hauptstadt wird von der See- und Landseite eingeschlossen und angegriffen werden. Unter den Freiwilligen sind bereits zahlreiche Desertionen. Der Aufstand wird mächtig. Wenn Augustin nicht mit der Unterstützung des Landes rechnen kann, so werden die verfügbaren Streitkräfte ungenügend sein, um zwei Feinden die Stirn zu bieten.

Madrid, 9. Juni. (Tel.) Hier geht das Gerücht, die Garnison von Manila habe capitulirt und sich lieber den Amerikanern ergeben, als sich von den Aufständischen hinhinrichten zu lassen.

Vom westindischen Kriegsschauplatz

lauten die Nachrichten heute auch wieder sehr ernst. Die Amerikaner fassen jetzt mit aller Energie zu. Der Spott über ihre Kriegsführung, in dem man sich so häufig gefällt, dürfte allmählich verpuffen. Die Action zur Truppenlandung auf Cuba in größerem Umfang ist nunmehr, nachdem die Amerikaner bei Santiago einmal festen Fuß gefaßt haben, in vollem Gange. Eine gewaltige Transportflotte ist unterwegs. Ist sie erst angekommen und gehen dann die Landtruppen der Amerikaner mit den Insurgenten vereint gegen Santiago vor, dann dürfte diesem Platze auch bald das Schicksal von Manila beschieden sein, wenn es nicht schon früher durch das immer von neuem wiederholte Bombardement der amerikanischen Flotte allein entschieden wird. Die telegraphischen Meldungen lauten:

London, 9. Juni. (Tel.) Der „Daily Chronicle“ wird aus Washington vom 8. Juni gemeldet: Die amerikanische Armee unter dem Commando des Generals Shafter ging heute von Tampa ab. Die Armee ist 27 000 Mann stark, worunter 21 600 Mann Infanterie, 16 Regimenter reguläre Truppen, 11 Freiwilligen-Regimenter und ferner 5 Schwadronen Cavallerie, 4 Batterien leichte Artillerie, 2 Batterien schwere Artillerie und 1 Bataillon Genietruppen sind. Die Armee muß am Freitag oder Sonnabend vor Santiago ein treffen, worauf die Landung sofort bewerkstelligt werden soll. Obige Meldung wird bestätigt durch den New Yorker Correspondenten der „Times“, welcher hinzusetzt, die in 29 Transportschiffen untergebrachten Truppen bestehen durchweg aus regulären Truppen.

New York, 9. Juni. (Tel.) Ein Telegramm aus Cap Haitien meldet: Dasselbst gehe das Gerücht, daß am Dienstag früh 5 Uhr 30 Min. bei Caimanera eine große Schlacht geschlagen worden sei. Fünf amerikanische Kriegsschiffe hätten ein schweres Bombardement gegen die dortigen Befestigungsmerke begonnen. Es sei ein förmlicher Hagel von Geschossen gewesen, der viele Gebäude innerhalb der Befestigungen zerstört habe. Die spanische Artillerie habe lebhaft geantwortet und eine Zeit lang Stand gehalten. Das Feuer der Amerikaner habe aber nicht nachgelassen und die meisten Schiffe derselben seien wirkungslos gewesen. Die Spanier seien schließlich gezwungen worden, ihre Stellung am Ufer aufzugeben und sich in die Stadt zurückzuziehen. Später seien sie auch von dort mit den Einwohnern geflohen. Der Commandeur des Districts habe befohlen, Caimanera niederzubrennen, bevor es übergeben werden müsse. Die Spanier sollen einen letzten Versuch machen, die Amerikaner von der Landung abzuhalten. Nach den letzten Nachrichten hatte die Landung gestern versucht werden sollen.

Caimanera liegt 68 Kilometer östlich von Santiago de Cuba in der Bucht von Guantanamo.

Havana, 9. Juni. (Tel.) Auf der Eisenbahnlinie zwischen Panos und Alquízar ließen die Insurgenten beim Passiren des Zuges eine Dynamitbombe explodiren, wodurch ein gepanzerter Wagon zerstört wurde. 6 Soldaten und 1 Passagier wurden dabei getödtet, 8 Soldaten und 2 Passagiere verwundet.

Deutsches Reich.

Berlin, 9. Juni. Die Wahl des Oberbürgermeisters — ohne Zweifel Kirchner — findet noch vor dem 1. Juli statt.

Berlin, 8. Juni. Das Staatsministerium trat heute Nachmittag unter dem Vorsitz v. Miquels zu einer Sitzung zusammen. Das Staatsministerium hat beschlossen, an sämtliche Ressortminister das Ersuchen zu richten, durch geeignete Anordnungen dafür zu sorgen, daß den Beamtenressorts die Ausübung des Wahlrechts am Wahltag möglichst erleichtert werde.

— Die officiöse „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: In den Schlussführungen des vom Finanzminister v. Miquel an den Kaiser erhaltenen

Immediatberichts über die Finanzverwaltung wird auf die wachsende Neigung, „alles vom Staate zu verlangen“ und auf das Drängen der Interessentenkreise auf allen Gebieten zu steigenden Aufwendungen von Staatsmitteln verwiesen. Es scheint, als ob gewisse Kreise diesen Passus auf sich besonders beziehen und daraus folgern möchten, daß gerade ihnen die verlangte Staatshilfe verweigert werden solle. Der klare Wortlaut der Ausführungen, in welchen die betreffende Stelle vorkommt, kann es jedoch keinen Augenblick zweifelhaft machen, daß der Tadel allgemein ausgesprochen ist. Die Neigung, alles vom Staate zu verlangen, ist thatsächlich in allen Erwerbsständen, in der Großindustrie ebenso wie im Kleinergewerbe und in der Landwirtschaft vorhanden, während man der Selbsthilfe viel zu geringen Werth beizulegen sich gewöhnt hat. Der vom Finanzminister ausgesprochene Schlusswunschn, daß das Drängen nach Staatshilfe in denjenigen Elementen den nöthigen Widerstand finden möge, welche die dauernde Kraft des Staates zur Erfüllung seiner wachsenden culturellen Aufgaben fest im Auge behalten, ist daher sehr beherzigenswerth und appellirt an alle Stände.

— Die Conservativen, Freisinnigen und Socialdemokraten in Berlin haben beschlossen, bei den Wahlen Stimmzettel von gleichem Papier und Format anzuwenden (ein Vorgehen, welches überall Nachahmung verdient, aber leider nur zu häufig besonders von den Conservativen und Agrariern zurückgewiesen wird. D. R.).

— In Sachen des Thomsphosphat Handels der Leitung des Bundes der Landwirthe bringt heute der „Hannov. Courier“ acenmäßiges Material dafür, daß die Leitung des Bundes der Landwirthe die Mitglieder über Vortheile hat und daß die Bundesleitung für dieses Geschäftsgeschäft persönlich haftbar zu machen ist.

* [Ein Gutserkauf.] Mit dem unter dieser Ueberschrift neulich von uns veröffentlichten Artikel beschäftigt sich — endlich — in ihrer Ausgabe vom Mittwoch die agrarische „Deutsche Tageszeitung“. Hier halten ausdrücklich betont, daß wir diesen Fall nicht als Norm für die Allgemeinheit betrachtet wissen wollten, sondern nur als Beweis dafür, daß die agrarische Presse übertreibt, wenn sie den Nothstand der Landwirtschaft als allgemein hinstellt. Wir hatten gefolgert, daß sich bei Fleiß, Energie und tüchtigem Selbstansparn mit dem nöthigen Betriebskapital wohl noch fortkommen lasse. Das ist der „Dt. Tagesztg.“, die ja kein besseres Rezept kennt, als unaufhörliches Aufen nach Staatshilfe, begreiflicherweise sehr fatal und stört ihr Rezept; sie verurtheilt deshalb an dem Artikel herumzumähen, ohne aber etwas Stichhaltiges dagegen beibringen zu können. Mit kühnster Logik kommt der Artikel freilich zu dem Schluss, daß unsere Ausführungen gerade das bewiesen, „in welcher Nothlage sich die Landwirtschaft befindet“. Also: Beim Kauf des Gutes durch den bisherigen Besitzer vor zehn Jahren waren die Gebäude schlecht, jetzt sind sie gut, das giebt das Blatt zu. Damals war das Inventar gering, jetzt werthvoll; die Felder sind jetzt ertragreicher als damals — alles Resultate intensiver Wirtschaft, wie wir nochmals betonen. Hilft alles nichts: das ist ein „Beweis für Nothlage“, sagt die „Deutsche Tagesztg.“, und sie ist uns „dankbar, dieses einmal wieder an der Hand eines von uns selbst gegebenen Beispiels klar zu legen“. Welche „Arlage“ mag das Organ bei seinen Lesern wohl voraussehen, wenn es ihnen das Begreifen einer solchen Logik zumutet?

Als „verdächtig“ bezeichnet es das Blatt, „daß ein Gut binnen 8 Jahren zweimal den Besitzer wechselt“. Nun, weshalb der Vorbesitzer des Gutes verkauft hat, wollen wir heute unerörtert lassen. Ueber die Gründe aber, die den bisherigen Besitzer zum Verkauf bewogen haben, können wir die „Deutsche Tagesztg.“ beruhigen: es ist lediglich geschehen, weil derselbe sich fortan der Erziehung seiner fünf Kinder widmen will, deren besserer Schulbesuch etc. von einem 20 Kilometer von der Stadt entfernt liegenden Canojie aus natürlich unmöglich, resp. bei Pension der Kinder in der Stadt zu kostspielig wäre.

Und noch ein Wort pro domo! Die „Deutsche Tagesztg.“ meint, unsere Ausführungen hätten geigt, „in wie kindlicher Weise auf einzelnen Redactionen über landwirthschaftliche Verhältnisse geurtheilt wird“. Nur gemacht! Der Verfasser des betr. Artikels hat über die berichtete Angelegenheit durchaus nicht vom grünen Tische aus, sondern nach gründlicher Information über die Sachlage geschrieben. Auch ist derselbe mit landwirthschaftlichen Verhältnissen vielleicht besser und gründlicher vertraut, als manches Redaktionsmitglied der „D. Tagesztg.“. Denn er ist selbst auf dem Lande aufgewachsen, stammt selbst aus kleinbäuerlichen Verhältnissen, kennt es selbst aus der Erfahrung in der eigenen Familie, was „durch Fleiß und Energie, durch tüchtiges Selbstansparn“ und — durch sparsame Wirtschaft trotz aller Ungunst der Zeiten und ohne besondere Glücksumstände erwirtschaftet werden kann. Uebe die „D. Tagesztg.“ also ihren Miß anderswo und suche sie selbst lieber ihre Kenntnisse auf die Höhe ihres Selbstbewußtseins und ihrer Anmaßung zu bringen. Mit ihrem jetzigen Mißverhältniß zwischen beiden erregt sie nur Heiterkeit.

* [Der bairische Kriegsminister] hat verfügt, daß in Baiern sowohl der Wahltag, als auch der Tag der Stichwahl für Einberufungen militärischer Uebungen frei bleiben soll. Auch aus Coblenz wird berichtet: Auf Befehl des Generalcommandos des 8. Armeecorps sind alle auf den 23. Juni zur Uebung einberufenen Reservisten benachrichtigt worden, daß die Uebungen am 28. Juni, also erst nach den Stichwahlen beginnen.

[Amerikanisches Schweinefleisch.] Die amerikanische Regierung hat nicht ein directes Verbot der Ausfuhr frischen Schweinefleisches nach Deutschland erlassen, sie lehnt nur die Ausstellung von Gesundheitsattesten für gute Fleischsendungen ab, und damit ist der Export nach Deutschland thatsächlich unmöglich geworden.

* [Förderung des Obstbaues durch die Volksschullehrer.] Bezüglich der Pflege und Förderung des Obstbaues durch die Volksschullehrer hat der Cultusminister folgenden Erlaß an die hgl. Regierung gerichtet:

„Die Anpflanzung und sachgemäße Pflege guter Obstbäume in den zu den Dienstwohnungen gehörigen Hausgärten und auf den Dienstländereien der Volksschullehrer bietet einerseits den Stelleninhabern die Vortheile reichlicher Obstträge und trägt andererseits dazu bei, in der schulpflichtigen

Jugend und deren Angehörigen das Interesse für diesen wichtigen Zweig des Gartenbaues zu wecken und zu fördern. Indem ich der hgl. Regierung daher empfehle, die ihr unterstellten Volksschullehrer, insbesondere des platten Landes, deren Stellen mit geeigneten Hausgärten oder Dienstländereien ausgestattet sind, zu einer derartigen Pflege und Förderung des Obstbaues anzuregen, erkläre ich mich gleichzeitig bereit, auf rechtzeitigen Antrag der hgl. Regierung einen angemessenen Beitrag zur Beschaffung guter Obstbäume und deren unentgeltliche Abgabe an Volksschullehrer, sowie zur Bewährung von Beihilfen an solche für die Anlegung von Baumschulen zur Verfügung zu stellen.“

Man wird diesen Erlaß nur mit Freuden begrüßen; gerade die Obstbaupflege liegt Stellenweise noch sehr darnieder.

* [Ueber die Wahlpolitik des Centrums] hat sich nun auch Dr. Lieber geäußert. In einer Wählerversammlung zu Montabaur sagte er nämlich:

„Man nennt uns häufig die Regierungspartei. Das sind wir nicht, aber wir sind die regierende Partei geworden. Wir sind es geworden durch die eigene Züchtigkeit, durch die Ungefährlichkeit der Gegner und durch eine entschiedene Wendung in den Anschauungen der verbündeten Regierungen. Heute sagt die Reichsregierung: Ich mache die Reichsgeschäfte mit denjenigen Parteien, mit welchen ich sie machen muß, und wenn ich sie mit dem Centrum machen kann, so mache ich sie mit dem Centrum. Gegenüber der sogenannten Sammlungspolitik müssen wir unsere Kräfte sammeln, um die Bildung eines neuen Reichstages zu verhindern und das Centrum in den Stand zu setzen, bald eine Mehrheit mit der Rechten des Reichstages zu bilden, um positive Arbeiten — namentlich auf socialen Gebieten in der Fürsorge für alle Erwerbsstände im deutschen Vaterlande zu leisten, bald mit der Linken des Reichstages eine Abwehrmehrheit zu bilden, um alle Angriffe auf die Volksrechte und auf die Steuerkraft des Volkes abzuwehren, kurz und gut, wenn auch nicht die Mehrheit im Reichstage für sich zu erringen, so doch uns in Stand zu setzen, den Ausschlag nach der einen oder nach der anderen Seite zu geben.“

Frankreich.

Paris, 8. Juni. Im Tivoli-Baughall fand unter dem Vorsitz Jaurès eine von etwa 5000 Personen besuchte Socialisten-Parlamentarier-Versammlung statt. Gerault-Richard, Jaurès und Faberot griffen in schärfster Weise Rochefort und die nationalistischen Deputirten an. Die Reden wurden mit den Rufen: „Nieder mit Rochefort“, „Nieder mit Esterhazy“ aufgenommen. Nach der Versammlung zogen die Theilnehmer an derselben vor das Gebäude des „Tranquillanten“. Unter Hochrufen auf Solo wurden dort die Fenster eingeschlagen. (M. L.)

England.

London, 9. Juni. Der radicale Staatsmann John Morley hielt gestern eine Rede in Leeds und führte aus, alle Parteien seien dafür eingenommen, daß die Bande der Freundschaft zwischen den Vereinigten Staaten und Großbritannien gelöst werden, aber er frage, ob die Allianz den Interessen des Friedens diene oder eine Kriegsdrohung in sich schließe solle. In Bezug auf die Vorschläge betreffend ein Bündniß mit Deutschland erklärte Morley seinen Zuhörern, die Politik Deutschlands sei eine do ut des-Politik, und fragte, was Großbritannien zu bieten habe, um Deutschland zu veranlassen, sich für den englischen Handel in Gefahren zu begeben, da im Auge behalten werden müsse, daß Deutschland Englands größter Handelsrivale, und daß Deutschland es gewesen sei, welches den Brand in China entzündet habe.

Belfast, 7. Juni. Die Tumulte zwischen den Orangisten und den Nationalisten haben sich erneuert. Ausgehobene Pflastersteine, Ziegelsteine und Stangen wurden gebraucht. Auf beiden Seiten kamen viele Verletzungen vor. Starke Polizeiaufgebote zerstreuten die Ruhestörer, indem sie von ihren Stöcken Gebrauch machten und Bleie aus der Menge verewundeten. Hierauf wurde die Ruhe wiederhergestellt, indessen werden neue Ausbrüche befürchtet. Während des Tumultes wurden zwei große Gasthäuser demolirt und die Fenster von vielen Kaufhäusern zertrümmert.

Amerika.

* [Strenge Ahndung der Fahnenflucht!] In der California-Halle, dem Sammelpunkt der in San Francisco ausgehobenen Rekruten, ereignete sich kürzlich ein eigentümlicher Zwischenfall: Zwei junge Amerikaner, welche als Soldaten des 56. Regiments „mit nach Manila gemollt“, weigerten sich in letzter Stunde, ihre Verpflichtung zu unterschreiben, da ihre Mütter sie zum Bleiben bewegen hatten. Darob große Entrüstung in der Halle und Kriegsath, dessen Ergebnis war, daß die furchtsamen Krieger gehängt wurden, — aber nur im Bilde! Der Vorfall wurde pflichtschuldigst auch an den betreffenden Compagnieführer, Capitän Carrington, telephonisch gemeldet, der die Weisung gab: „Café sie hängen!“ Er war zu beschäftigt mit der Bereidigung von Kriegsvolk, das gern „mitmachen“ wollte und mochte sich daher mit der Lappalie nicht aufhalten. So meldet die „California-Staats-Ztg.“ und fügt hinzu, daß das 1. Regiment von einer bekannten Firma zwei Fahnen und die Mitglieder seiner Kapelle „geschmackvolle Uniformen“ zum Geschenk erhalten habe.

* [Ueber den Zustand der amerikanischen Truppen] hat man immer noch keine gute Meinung. Ein Augenzeuge schildert die Truppen in Tampa in folgender Weise: „Die reguläre Armee in Tampa besitzt nicht ein einziges selbstthätiges Regiment. Statt der officiellen Stärke von 1200 Mann hat jetzt, einen Monat nach der Kriegserklärung, kein Regiment mehr als 600, und diese Leute verlieren ihre Energie bei dem aufgezwungenen Müßiggang und der tropischen Hitze. Es ist kaum denkbar, daß die Truppen in diesem miasmaverfüllten Klima immer noch ihre vorchriftsmäßige Winterkleidung tragen müssen; während wir täglich ganze Züge mit Gemüsen und Obst beladen nach dem Norden abgehen sehen, erhalten die Soldaten bei dieser Hitze fettes Schweinefleisch und getrocknete Bohnen, da das Armeeregiment nicht eben keine andere Diät vorschreibt. Rein Wunder, daß Anfälle von Dysenterie in steter Zunahme begriffen sind... Selbst angenommen, daß diese Regulären geeignete Kleidung und Verpflegung besäßen, so sind sie doch viel zu schwach, um den Spaniern gegenüberzutreten zu können. Die Zeitungen reden flottweg von 50 000 Mann, die in Cuba landen könnten. Ich beweise, ob 10 000 für solche Zwecke bereit stehen. Der gesunde Menschenverstand hätte es den militärischen Behörden einreden sollen, die Truppen für ihre

notwendigen Drillsübungen an einem kühlen Platz im Norden zusammenziehen. Statt dessen exerciren sie hier im tiefen Uferlande, der bei jedem Schritt die Aderlehre an den Füßen kleben bleibt. Allgemeine Feldübungen haben völlig aufgehört, und doch hat fast keines der hiesigen Regimenter seit dem Bürgerkrieg eine einzige Uebung im Regimentsverbande durchgemacht. Die Offiziere haben noch nie eine Brigade gesehen, es sei denn im Auslande. Und diese gliederlose Masse soll gegen einen Feind kämpfen, dessen Infanterie trotz aller Corruption ihres Gleichen sucht. . .

Coloniales.

[Eine englische Stimme über Kiautschau] zu vernachlässigen, dürfte von besonderem Interesse sein, auch wenn sie nur alle sonstigen Berichte über das jüngste deutsche Schutzgebiet vollständig bestätigt. Der Reutersche Berichterstatter läßt dem Londoner Bureau von Tsingtao fort aus folgende Mittheilung zugehen: Ich habe jede Gelegenheit gehabt, den wichtigsten Theil der Bai von Kiautschau, wo die Niederlassungen wahrhaftig gegründet werden sollen, eingehend zu besichtigen. Ich muß gestehen, daß der Platz unzählige Vortheile zur Entwicklung eines großen und blühenden Hafens bietet. Tiefes Wasser ist über eine ziemliche Strecke ausgedehnt, sowohl innerhalb des Hafens wie außerhalb. Eine kleine Insel schützt den Platz vor den Westwinden. Im Winter streichen heftige Nordwinde über die Bai, welche das Wasser aus der Niederlassung fortreiben, so daß ein Uebertritt über die Ufer verhindert wird. Die deutschen Truppen sind in kleinen Lagern an der Grenze vertheilt. Krankheiten herrschen nicht. Wasser aber giebt es nicht reichlich und auch wenig Baumwuchs. Die deutschen Soldaten haben gründliche Reinigungen vorgenommen, und der Platz macht schon den Eindruck eines gut in Ordnung gehaltenen Lagers. Gegenwärtig besteht noch keine dauernde Niederlassung. Gouverneur Rosendahl warte wahrscheinlich auf die Entscheidung seiner Regierung darüber, welche Stellen besetzt werden sollen, ehe er seine Genehmigung zu Landverkäufen giebt. Sobald dieser Beschluß bekannt ist, soll der Platz Allen ohne Unterscheidung der Nationalität zur Ansiedelung freistehen. Bis jetzt kann man noch nicht von Handel reden. Nur die asiatische Bank hat eine kleine Filiale in Kiautschau eröffnet. Ein Dampfer befördert jede Woche die Post nach Saanghai. Ohne Zweifel besitzt Kiautschau eine große Zukunft. Es ist Raum für alle Anlagen da, für Docks, Hafenanbauten, Befestigungen und Kasernen. Sollte Kiautschau nicht empfohlen, so wäre einig dem Mangel der deutschen Kaufleute an Unternehmungsgestalt die Schuld beizumessen, nicht aber den örtlichen Verhältnissen. Die Soldaten haben schwere Arbeit zu verrichten, da nur wenig Acker da sind. Vom militärischen Gesichtspunkt aus betrachtet wird Kiautschau musterhaft verwaltet. Der Gouverneur wohnt in dem Gebäude des amerikanischen Generals, und die Offiziere sind in vorzüglichen Baracken untergebracht.

Danziger Lokal-Zeitung.

Danzig, 9. Juni.

Wetterausichten für Freitag, 10. Juni, und zwar für das nordöstliche Deutschland: Meist heiter und warm. Strichweise Gewitterregen.

[Gewitter in Aussicht.] Auf dem ganzen Gebiete dauert — nach einer gestern Nachmittag ausgegebenen Depesche der Hamburger Seewarte — die gleichmäßige Luftvertheilung und damit die sanfteste Luftbewegung bei langsam steigendem Barometer fort. Am höchsten ist der Luftdruck über Skandinavien, am niedrigsten über Nordwesteuropa. In Deutschland, wo Gewitter stattfinden, ist das Wetter warm und heiter, im Binnenlande ist Regen gefallen. Die Fortdauer der bestehenden Witterungsverhältnisse mit Neigung zur Gewitterbildung ist wahrscheinlich.

[Herr Oberpräsident v. Gohler] ist, nachdem er gestern in Elbing einige Stunden der Generalversammlung des Provinzialvereins für innere Mission bewohnte, Abends nach hierher zurückgekehrt und hat seine Amtsgeschäfte wieder übernommen.

[Truppenbesichtigung.] Heute Vormittag wurde das 1. Bataillon des Infanterie-Regiments Nr. 128 durch den Herrn commandirenden General v. Senke auf dem großen Exercirplatze inspiciert. Morgen und übermorgen werden die beiden anderen Bataillone des Regiments einer Besichtigung unterzogen.

[Besuch.] Herr Geh. Oberpostsrath Bernhardt vom Reisepostamt in Berlin ist gestern hier eingetroffen und im Hotel du Nord abgestiegen. Der Herr Geheimrath hielt dem Herrn Oberpostdirector Kriesche einen Besuch ab und befragte dann das hiesige Telegraphenamt.

[Besuch von Kriegsschiffen.] Wie schon gestern gemeldet ist, werden die Schulschiffe „Sophie“ und „Nixe“ im nächsten Monat zu längerem Aufenthalt nach der Danziger Rhede kommen. Beide Schiffe kreuzen bis zur „Aelster Wode“ an der Schleswig-holsteinischen Ostküste. „Sophie“ geht alsdann am 2. Juli über Swinemünde nach Karlskrona und von dort nach Neufahrwasser, wo die Ankunft am 7. Juli erfolgt. Die „Nixe“ geht am 2. Juli direct nach Neufahrwasser. Beide Schiffe werden bis zum 26. Juli in der Danziger Bucht üben und sodann die Rückreise nach Kiel antreten.

[Vorplatz.] Eine Versammlung deutscher Staats-Fortschrittsbeamten wird am 15. und 16. d. M. in Elbing abgehalten werden.

[Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger.] Vor einigen Tagen haben wir aus dem Geschäftsbericht des hiesigen Bezirksvereins einen Auszug gemacht. Heute geht uns von dem Vorstand der Gesellschaft der Bericht über das Rechnungsjahr 1897/98 zu, dem wir folgende Mittheilungen entnehmen:

Die 116 Rettungsstationen sind im letzten Rechnungsjahre 16 mal mit Erfolg thätig gewesen und haben 60 Menschenleben aus Genoth gerettet. Von den Rettungen erfolgten 14 durch Rettungsboote, 2 durch Raketenapparate. Die Zahl der seit der Begründung unserer Gesellschaft durch deren Gerathschaften geretteten Personen ist damit auf 2414 gestiegen. Von diesen wurden 2073 in 374 Strandungsfällen durch Boote, 341 in 75 Strandungsfällen durch Raketen-

apparate gerettet. Von den Stationen befinden sich 72 an der Ostsee, 44 an der Nordsee, 52 sind Doppelstationen, ausgerüstet mit Boot und Raketenapparat; 48 Boote- und 16 Raketenstationen. Die Zahl der Bezirksvereine hat sich um einen vermehrt und betrug am Schluß des Rechnungsjahres 61. Davon sind 24 Ruffen- und 37 Binnenbezirksvereine. Die Gesamteinnahme belief sich auf 288054 Mk. (gegen 280417 Mk. in 1896/97). Die Jahresbeiträge betragen von 52106 Mitgliedern 148838 Mk. (gegen 147159 Mk. von 51428 Mitgliedern in 1896/97). Die außerordentlichen Beiträge betragen 89000 Mk. (gegen 76640 Mk. in 1896/97). Davon lieferten die Sammelschiffe 21971 Mk. (gegen 23937 Mk. in 1896/97). Von der ihm durch Beschluß des Gesellschafts-Ausschusses zu Danzig erhaltenen, durch Beschluß desselben zu Breslau um ein Jahr verlängerten Ermächtigung, ein Dampf-Rettungsboot zu bestellen, hat der Vorstand abermals seinen Gebrauch machen können, weil auch jetzt noch nicht festgestellt ist, daß das neueste englische Dampf-Rettungsboot sich bewährt hat. Es ist ein Unterstüpfungsboot in der Höhe von 97891 Mk. gebildet worden, aus dem Unterstüpfungen zum ersten Male im laufenden Rechnungsjahre bewilligt worden sind. Die Ehrengabe der „Emile Robin“-Stiftung von 400 Mk. hat der Capitän Eugen Cronmeyer, Führer des hamburgischen Dampfers „Polaria“, für die Rettung der aus 12 Personen bestehenden Besatzung der norwegischen Bark „Lyna“ erhalten. Den Preis von 200 Mk. hat die Rettungsmannschaft von Warnemünde für die Rettung der aus 5 Personen bestehenden Besatzung des deutschen Schleppdampfers „Jelsoe“, Capitän Schröder, und der aus 4 Personen bestehenden Besatzung des deutschen Leichterfahrzeugs „Ganja“, Schiffer Bröhan, erhalten. Im Laufe des Jahres hat das Ehrenmitglied, Herr Emile Robin, der Gesellschaft eine sechs Stufen umfassende, ein Kapital von 6000 Mk., dessen Aufkünfte im Betrage von 200 Mk. jährlich unter seinem Namen als „Belohnung für Kindesliebe“ der Tochter eines unserer gewesenen Bootleute verliehen werden soll, die bei der Pflege ihrer durch Krankheit oder Altersschwäche hilflos gewordenen Eltern die größte Hingebung und Aufopferung bewiesen hat. Der Vorstand hat auch diese Stiftung mit herzlichem Dank an den Stifter entgegengenommen. Durch Vermittelung des Vorstandes hat die russische Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger wiederum vier Rettungsboote mit theilweiser Ausrüstung von dem Bootsbauer H. Havighorst in Königsberg a./d. Wefer bezogen.

[Abgang.] Der bisherige Director der hiesigen großen Fortbildung- und Gewerkschule Herr Ruhnow wird mit Schluß des gegenwärtigen Sommersemesters aus dieser Stellung scheiden und unsere Stadt verlassen, um einem Rufe als Organisator und Leiter einer ähnlichen großen Anstalt in Dresden zu folgen. Die günstige Entwicklung der hiesigen Fortbildungsschulanstalt und ihre tüchtigen Leistungen haben wir wesentlich den Bemühungen des Herrn Directors Ruhnow und dessen harmonischem Zusammenwirken mit den theilnehmenden gewerblichen Kreisen wie mit dem Curatorium der Anstalt und der städtischen Behörden zu danken. Sein Abgang von hier wird lebhaft bedauert. Ueber seinen Nachfolger verläutet noch nichts Bestimmtes.

[Neue Polizeiverordnung.] Der Herr Oberpräsident hat für den Umfang der Provinz Westpreußen folgende Polizei-Verordnung erlassen: Ausländisches Pferdefleisch, einschließlich der aus ausländischem Pferdefleisch hergestellten Fleischwaren, muß bei der Einfuhr als Pferdefleisch bezeichnet sein und als solches den Zollbehörden declarirt werden. Derjenige, welchem ausländisches Pferdefleisch ohne die vorgeschriebene Bezeichnung bzw. unter einer falschen Declaration zugeht, ist verpflichtet, binnen zwei Tagen nach dem Empfange der Polizeibehörde hiervon Anzeige zu machen. Die Unterlassung der Anzeige wird mit einer Geldstrafe von 5 bis 60 Mk. bestraft. Diese Polizeiverordnung tritt am 1. Juli d. J. in Kraft.

[Marienburg-Mlawhaer Bahn.] Morgen findet im Sitzungszimmer des Directionsgebäudes der Marienburg-Mlawhaer Bahn die Jahres-Generalversammlung der Actionäre statt, der von Aufsichtsrathsmitgliedern u. a. die Herren Senator Leiden, Geheimrath Lent und Commerzienrath Hedder aus Berlin beizuwohnen werden. In der Generalversammlung werden außer Berichten der Direction und des Aufsichtsraths und der Beschlüssen über die Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung für 1897 Wahlen zum Aufsichtsrath vorgenommen werden. An die Generalversammlung schließt sich eine Aufsichtsraths-sitzung, in der u. a. über den Bau von Arbeiterwohnungen in Mlawka, über die Beschaffung von Personenwagen etc. beraten werden soll.

[Sonderzug Danzig-Carthaus.] Die hiesige Eisenbahndirection wird von Sonntag, den 19. Juni (einschließlich) bis Sonntag, den 14. August d. Js. (einschließlich) allsonntäglich einen Personenzug mit 2. und 3. Wagenklasse von Danzig Hauptbahnhof nach Carthaus und zurück verkehren lassen. Die Abfahrt von Danzig erfolgt um 8.10 Vorm. und die Ankunft in Carthaus um 9.55 Vorm. Die Rückfahrt von Carthaus um 8.30 Abends und die Ankunft in Danzig um 10.20 Abends. Zu diesem Sonderzuge werden auf den Stationen Danzig und Prauß Rückfahrkarten 2. und 3. Klasse zum einfachen Fahrpreise nach Rablode und Carthaus, auf den Stationen Rablode und Zuckau sowie nach Carthaus ausgegeben. Dieselben berechtigen zur Hin- und Rückreise nur mit dem Sonderzuge. Eine Fahrt-Unterbrechung ist nicht gestattet, auch wird kein Freigepäd gewährt.

[Privatbeamten-Berein.] Der verfloßene Sonntag veranlaßte eine Zahl der Mitglieder des hiesigen Privatbeamten-Bereins nebst ihren Damen zum gemeinsamen Ausflug nach Sopot. Nachdem in der Lokal-mühle der Kaffee eingenommen war, wurde ein Spaziergang über den „Großen Stern“ nach Oliva unternommen, wobei die Gesellschaft gegen 4 Uhr nachmittags eintraf und dort bis zum Abend verblieb. Der Spaziergang erfolgte bei herrlichem Wetter in gemüthlicher Stimmung. — Am folgenden Tage fand im Schützenhause die Monatsversammlung statt. Auch hier waren Damen zahlreich erschienen. Seit der letzten Versammlung im April sind dem Verein sechs neue Mitglieder beigetreten. Die einem Mitglied bewilligte Unterstüpfung von 100 Mk. wurde, da der Ehemann inzwischen verstorben war, der Witwe ausgezahlt und der Witwe eines vor längerer Zeit verstorbenen Mitgliedes eine nochmalige Unterstüpfung bewilligt. Nachdem von dem Glückwunschschreiben des Vereins zum Jubiläum des Herrn Geheimen Medicinalraths Dr. Abegg Kenntnis genommen war, fand noch eine Vorbesprechung zum Delegirten, welcher am 26. d. Mts. hier und in Sopot stattfinden soll, statt.

[Bürgerverein zu Neufahrwasser.] Im Sessers Hotel wurde gestern die übliche Monatsversammlung des Vereins abgehalten, welche recht zahlreich besucht war und erst gegen 10 1/2 Uhr Abends beendet werden konnte. Als Vereinsbericht erfolgte zunächst eine Mittheilung des Vorsitzenden über die Bürgerseisungs-

legenheit der Vorstadt. An die in Frage kommenden Hausbesitzer ist eine Aufforderung zur Theilnahme unter Angabe der Bedingungen bereits abgegangen und soll die Commission, welche dieserhalb noch persönlich mit den Theilnehmern unterhandeln wird, ihre Thätigkeit in den nächsten Tagen beginnen. Die Ausstattung der Rettungsstation mit den entsprechenden Geräthschaften soll gleichfalls in ganz kurzer Zeit erfolgen. Die Gerathe sind bereits in Arbeit gegeben. Eine längere Debatte entspann sich darauf über Angelegenheiten der Westerpforte und der Actiengesellschaft „Weichsel“, welche schon in der letzten Stadtvorordneten-Versammlung Gegenstand öffentlicher Erörterung gewesen waren. Herr Stadtvorordneter Schmidt hatte dort ausgesprochen, daß die Stadt der genannten Gesellschaft schon genug Entgegenkommen bewiesen habe, indem sie für die Benutzung des Strandes zu Badezwecken nur 100 Mk. jährlich Pacht zahle; darum könne er zu einer Beihilfe von 1500 Mk. für Beleuchtung und Instandhaltung der Wege auf der Westerpforte, von denen es noch gar nicht entschieden sei, wenn sie eigentlich gehören, nicht in dem Sinne seine Zustimmung geben, daß dieses als eine Verpflichtung der Stadt angesehen werde. Darauf war ein Schreiben der Gesellschaft „Weichsel“ an den Verein gerichtet worden, worin diese ausgesprochenen Thatsachen als der Wirklichkeit nicht entsprechend bezeichnet wurden. Es wurde jedenfalls eine Vermehrung mit Weichselmünde vorliegen, wo die „Weichsel“ thatsächlich 100 Mk. Pacht für die Strandbenutzung an die Stadt zahle. Was den Zuschuß von 1500 Mk. zu den Beleuchtungs- und Wegeverbesserungskosten betreffe, so betragen die wirklichen Kosten hierfür bedeutend mehr und könne nur das den vollen Thatsachen entsprechende Eintreten der Herren Stadtvorordneten Fischer und de Jonge anerkannt werden. Herr Arupha führte im Anschluß hieran aus, daß die Stadt an den guten Wegeverhältnissen auf der Westerpforte wohl ein Interesse zu haben verpflichtet sei, da dort ja permanent Familien wohnen, die Bürger und Steuerzahler der Stadt sind. Es werden von diesen etwa 6000 Mk. Steuern für die Stadt aufgebracht, deshalb wäre ein Zuschuß zur Unterhaltung guter Wege und guter Beleuchtung nichts Außergewöhnliches. Aehnlicher Meinung waren auch die meisten Mitglieder der Versammlung. Es nahm darauf Herr Schmidt selber das Wort, der als Gast der Versammlung beizuhönte. Er stellte zunächst den Jerrthum über die 100 Mk. Strandpacht klar. Im Kammeretat siehe ausdrücklich 100 Mark für Benutzung des Strandes, nicht speciell für den Strand von Weichselmünde. Wenn also ein Jerrthum vorliege, so trage die Verantwortung der Magistrat. Der Zuschuß von 1500 Mark liege im Interesse der Gesellschaft „Weichsel“, welche mit der Westerpforte ein Geschäft betreibe. Im Jahre 1891 sei der Zuschuß ein unbestimmte Zeit bewilligt, was damals maßgebend war, könne heute anders liegen. Die Mehrzahl der Anwesenden nahm den Standpunkt ein, daß die Bewilligung des Zuschusses wohl im Interesse der Stadt und besonders auch unserer Vorstadt liege. — Den folgenden Punkt der Tagesordnung bildete ein Vortrag des Vorsitzenden Arupha über das mafurische Seengebiet und eine Reise durch dasselbe. Die eingehenden Schilderungen der Natur Schönheiten dieser Landschaft fanden ungeheuren Beifall. Es wurde dann noch ein Frühspaziergang auf den 19. Juni nach Heubude festgesetzt, wozu Einladungen auch an den Danziger Bürgerverein stattfinden sollen. Dessenorgane erfolgte durch Herrn Schmidt eine Einladung der Mitglieder des Vereins mit ihren Familien zu einem in Aussicht genommenen allgemeinen Fest aller vereinigter Bürgervereine der Stadt und Vorstädte. — Seit der vormonatlichen Versammlung hat der Verein zwei Mitglieder durch Tod resp. Austritt verloren und fünf neue Mitglieder durch Beitritt gewonnen.

[Neuer Krieger-Berein.] Am 18. d. M. wird der Verein sein Sommervergnügen im Café Rödel durch Concert, Gesang und Feuerwerk etc. feiern.

[Schidlicher Bürgerverein.] Am 18. d. M. wird der Verein im Bürgergarten des Hrn. Steppuhn in Schidlich ein größeres Sommerfest veranstalten, zu dem der hiesige und die benachbarten Bürgervereine sowie Ehrengäste eingeladen werden sollen.

[Der gefestigte Familien-Abend des evangelischen Jünglings-Bereins] fand eine sehr zahlreiche Theilnahme. Der gegen 500 Personen fassende Saal des St. Barbara-Gemeindehauses war bis auf den letzten Platz gefüllt. Herr Prediger Heselke hielt eine biblische Ansprache, Herr Oberlieutenant von Knobelsdorff-Berlin, der Iobens vom Jahresfest des Provinzial-Vereins für innere Mission in Elbing angekommen war, sprach u. a. über das blaue Kreuz. Herr Pastor Schaffen wies auf die Ziele des evangelischen Jünglingsvereins hin und forderte die jungen Leute zum Eintritt auf. Herr Bundes-Agent Wartmann-Berlin sprach über die Arbeit an der männlichen Jugend in Amerika. Die gemeinschaftlichen Gesänge wurden von dem neugebildeten Posaunenchor des Jünglingsvereins begleitet, auch trug der Gesangchor des Vereins Gesänge vor. Der Abend fand mit einem Gebet des Herrn Consistorialrath Lic. Dr. Groebler seinen Abschluß.

[Verletzung durch Brandwunden.] In dem Hause Hagerstraße Nr. 59 löschte gestern die Ehefrau Caasener eine brennende Petroleum-Küchenlampe so unvorsichtig aus, daß dieselbe explodirte und die Frau mit dem orendenden Petroleum überschüttete. Die Feuerwehre wurde sofort herbeigerufen, brachte aber nicht mehr in Thätigkeit zu treten; es wurde vielmehr der städtische Sanitätswagen requirirt, der die an Brust und Armen Verletzte, nachdem ihr die erste Samariterhilfe zu Theil geworden war, nach dem Cazareth in der Sandgrube schaffte.

[Unfall.] Gestern Nachmittag wurde der städtische Sanitätswagen nach dem Hause Langgarten Nr. 64 gerufen. Dort hatte sich ein Arbeiter durch einen herabfallenden schweren Balken innere Verletzungen und Quetschungen zugezogen, so daß sein Transport nach dem Cazareth erfolgen mußte.

[Auffindung von Leichentheilen.] Im Wasserbecken der abgeschütteten Raboune auf der Alltadt wurden heute mehrere Körperteile einer menschlichen Leiche aufgefunden und zunächst nach dem Polizeirevier-Bureau gebracht.

[Seidenfund.] Heute Morgen wurde in der Weichsel in der Nähe von Althof die Leiche eines Mannes im Wasser treibend bemerkt und geborgen. Die Leiche muß bereits lange Zeit im Wasser gelegen haben, denn der Körper war ganz unkenntlich, die Aelider bildeten nur Fäden. Auch sonst fand man keine Erkennungszeichen, Papiere etc. bei der Leiche vor, nur an dem Finger einer Hand steckte ein Ring.

[Gerichtssitzungen.] Des heutigen katholischen Feiertages (Troniednam) wegen fielen die Verhandlungen der Strafammer und des Schöffengerichts aus.

[Wohltathigkeit der Bevölkerungsvorgänge vom 29. Mai bis zum 4. Juni 1898.] Lebendgeboren 38 männliche, 41 weibliche, insgesammt 79 Kinder. Todgeboren 3 männliche, 1 weibliche, insgesammt 4 Kinder. Gestorben (ausgeschlossen Todgeborene) 22 männliche, 31 weibliche, insgesammt 53 Personen, darunter Kinder im Alter von 0 bis 1 Jahr: 18 ehelich, 6 außerehelich geborene. Todesursachen: a) Darmkrankheiten einschließl. Brechdurchfall 9, darunter a) Brechdurchfall aller Altersklassen 9, b) Brechdurchfall von Kindern bis zu 1 Jahr 9. Lungenschwindsucht 6, acute Erkrankungen der Athmungsorgane 6, alle übrigen Krankheiten 28. Gewalttamer Tod: a) Verunglückung oder nicht näher festgestellte gewaltthätige Einwirkung 2, b) Selbstmord 2.

Aus den Provinzen.
In einem Wahlartikel mit der Ueberschrift „Die Landwirthe schlafen“ hält heute das in Elbing erscheinende Organ der westpreussischen Provinzial-Abtheilung des „Bundes der Landwirthe“ eine kurze Revue über die westpreussischen Wahlkreise. Neufahrt - Carthaus, Berent-Dirschau-Stargard werden der „politischen Uebermacht“ überlassen, auf „Danzig-Stadt“ wird auch großmüthig verzichtet, da der Wahlkreis wohl von dem „lieben“ Herrn, welcher ihn bisher vertrat, nicht zu trennen sein werde. „Danzig-Land werden wir erobern“ — heißt es weiter — „männ alle Agrarier ihre Pflicht thun.“ Für Romig-Ludel, Flatom-Schlöchau und Dt. Krone wird gefordert, „rührig sein und jeden Mann zur Urne schleppen“. Das Hauptaugenmerk der Herrschaft bildet der Wahlkreis Elbing-Marienburg, wo der frühere Provinzialvorsitzende des Bundes, Herr v. Pulkamer-Plauth, candidirt. Wenn dort ein Socialdemokrat gewählt wird, „sitten die Landwirthe im Wursthesself“, versichert der Artikel, dessen charakteristischer Schluß lautet:
„Rein, Ihr Männer der Scholle Elbing-Marienburg, laßt Euch nicht verleiten und irren machen. Euer einziger treuer Freund ist und bleibt Herr v. Pulkamer-Plauth. . . . Achtet auf die Nachbarn, nehmt sie mit am 16. d. M. Organisiert die Bestellung von Wagen, damit eure Leute zum Wahllokal fahren können. Laßt die Feuernte an dem Tage ruhen und wenn das Heu so trocken wie Thee ist. Der Sieg eines Agrarieres kostet mehr wie eine verregnete Feuernte. Für Halm und Aar. Für die ehrliche Werkstat. Hoch der Bund. Nieder mit den Feinden, damit wir Victoria schlagen können.“

Graudenz, 9. Juni. Zu dem am 12. d. Mts. hier stattfindenden Gau-Gängerfeste haben die theilnehmenden Eisenbahndirectionen Bromberg und Danzig außer der beantragten Fahrpreismäßigung für die Hin- und Rückfahrt von Thorn bis Graudenz einen Sonderzug gestellt, zu welchem sich jeder Mitfahrende seine Fahrkarte 2. oder 3. Klasse allein zu lösen hat. Der Zug fährt von Thorn Hauptbahnhof um 8 Uhr Vormittags ab und trifft um 9.54 in Graudenz ein. Die Rückfahrt wird Abends um 10.10 Uhr angetreten und ist um 12.02 Uhr Rauchs beendet.

Braunsberg, 8. Juni. Wegen Betruges hatte sich der Regierungsbaumeister a. D. C. Garbinowski aus Witten zu veranlassen. Er war im Sommer v. J. Bauleiter bei dem Bau der hiesigen Infanteriekaserne. Dabei hat er ein Eisenruch über die Lieferung von Ziegeln, wie angenommen wird, unrichtig geführt, indem er 34000 Ziegel als geliefert eintrug, obwohl sie in Wirklichkeit nicht geliefert waren. Der Angeklagte wurde schuldig befunden und zu halbjähriger Gefängnisstrafe verurtheilt.

Raths-Dammit, 7. Juni. Wiederum verhängte starke Rauchwolken kurz nach Eingang des Mittagszuges einen großen Waldbrand. Es gelang den vereinten Anstrengungen der freiwilligen Mannschaften mit den bald zur Stelle angelangten Mannschaften von Scharfow und des Gutes Raths-Dammit das Feuer bald zu überwinden. Es brannten ca. 35-40 Morgen Gänzung, der Frau Fielke-Ober-Scharfow gehörig.

Alahheim, 7. Juni. In dem Frühzuge der Strecke Bromberg-Alahheim starb am Montag plötzlich, anscheinend in Folge eines Schlaganfalles, ein junger Mann. Die Leiche wurde zur Feststellung dem Vorstande der Station Alahheim übergeben. (D. Zig.)

Bermischtes.

[Ein „h“ zu viel.] Wir lesen im Wiener Fremdenblatt: Im Jahre 1845 war die jugendliche Königin Victoria von England nebst dem Prinzen Albert, ihrem Gemahl, Gast des preussischen Königspaars auf der herrlichen Rheinburg Schloß Stolzenfels. Auf dem Wege dahin nahm die Monarchin kurzen Aufenthalt in Köln, wo ihr zu Ehren eine allgemeine Illumination veranstaltet wurde. Die große Anzahl der herrlichsten Transparenten waren noch lange der Gegenstand des Stadtgesprächs und der Berichte zahlloser Blätter, aber keines erregte mehr Aufsehen, als der kurze Spruch auf ölgetränktem, von einigen hinter der Rückseite angebrachten Kerzen beleuchtetem Papier, das über dem Ladeneingang eines Bicalienhändlers prangte. Der gute Mann hatte dem Gast seiner Vaterstadt mit dem Zurufe des in England allgemein üblichen „God save the Queen!“ eine besondere Ehre erweisen wollen, unglücklicherweise aber hatte er sich zur Ausführung seines löblichen Gedankens an einen Stubenmaler gewendet, der besser in seinem Fach als in der englischen Sprache bewandert sein mochte, denn das Gegenwort trug einen Buchstaben zu viel, ein überflüssiges „h“, wodurch der Spruch lautete: „God shave the Queen!“ Da sich mit allerbestem Willen diese vier Worte nun nicht anders übersehen lassen, als „Gott rasire die Königin“, so ist das heitere Aufsehen leicht erklärlich, dessen sich die seltsame Ovation für die englische Königin erfreute.

F. Berlin, 8. Juni. [Ein Sensations-Projekt.] Ein häßliches Bild stiltlicher Verkommenheit gewährt der Prozeß, der morgen (Donnerstag) vor dem Schwurgericht des hgl. Landgerichts Berlin I. seinen Anfang nimmt. Es dürfte den Lesern noch erinnerlich sein, wozu ungeheures Aufsehen im November 1897 die Verhaftung des Buchhändlers Frisch erregte. Frisch betrieb eine sogenannte Reise-Buchhandlung. Als Reisende engagierte er ausschließlich hübsche, junge Damen. Diese hatten den Auftrag, ihre Kunden in den Glauben zu verheßen, als bezöge sich der geordnete Preis auf das ganze Werk, während derselbe immer nur die erste Lieferung betraf. Frisch begnügte sich aber nicht, in dieser Weise seine Kunden zu betrügen, er betrog auch seine Reisenden, indem er ihnen ein monatliches Gehalt von 200-300 Mk. nebst Reisekosten zusicherte. Sobald sich jedoch die jungen Damen auf der Reise befanden, schrieb er ihnen, daß er ihnen bloß eine Provision von dem bewirkten Verkauf zugesenden könne. Die große Mehrheit seiner weiblichen Reisenden mußte daher von eigenem Gelde leben. Sobald auch dies aufgebraucht war, kamen die Damen in die größte Verlegenheit, so daß einige, da sie ihr Hotel u. s. w. nicht bezahlen konnten, wegen Verfalls der Forderung verhaftet wurden. Frisch verstand es außerdem, die jungen Damen fast sämmtlich in unftitlicher Richtung sich dienstbar zu machen. Endlich am 13. November 1897 erreichte ihn die Remesse. Er wurde verhaftet und hat sich nun heute wegen Betruges bzw. verächtlichen Betruges, Verbrechens gegen die Sittlichkeit in mehreren Fällen und Einführung einer Minderjährigen in unftitlichen Zwecken zu verantworten. Frisch heißt mit Vornamen Wilhelm Gustav. Er ist am 11. April 1865 zu Hannover geboren und bereits im Jahre 1892 wegen Verbrechens gegen die Sittlichkeit bestraft. Die Verhandlung, die im großen Schwurgericht-

